

Wie weiter, SPD?

Die SPD hat im Herbst 2009 ihr schlechtestes Wahlergebnis in der Geschichte der Bundesrepublik erzielt. Nach elf Jahren Regierungsverantwortung mit beachtlichen Erfolgen ist es der Sozialdemokratie nicht gelungen, die Wähler für ihre politischen Anliegen zu gewinnen und von sozialdemokratischer Programmatik zu überzeugen.



Allerdings werden nicht nur die Wähler, sondern auch die Mitglieder der Volksparteien immer rarer. Immer weniger Menschen sind bereit, sich in Parteien politisch zu engagieren und sich in diese aktiv einzubringen.

Was sind die Wege aus dieser doppelten Krise der Sozialdemokratie? Wie soll die Selbsterneuerung in inhaltlicher, personeller und organisatorischer Hinsicht vorstattengehen? Ist eine programmatische Neuorientierung notwendig und wenn ja, in welchen Bereichen und mit welcher Zielrichtung? Wie wird sich die SPD im Fünfparteiensystem verorten und sich in der Opposition profilieren? Und wie kann die Parteimitgliedschaft wieder attraktiv gemacht werden? Oder ist der Niedergang der SPD als Volks- und Mitgliederpartei ein unumkehrbarer Weg?

REFERENTEN



Olaf Scholz

Studium der Rechtswissenschaften. Mitglied des Deutschen Bundestages seit 1998 – mit einer kurzen Unterbrechung als Innensenator der Freien und Hansestadt Hamburg. In den Jahren 2002 bis 2004 Generalsekretär der SPD, zwischen 2005 und 2007 parlamentarischer Geschäftsführer der SPD-Bundestagsfraktion und von 2007 bis 2009 Bundesminister für Arbeit und Soziales. Seit November 2009 Landesvorsitzender der SPD Hamburg und stellvertretender Parteivorsitzender im Bund.



Susanne Gaschke

Journalistin. Studium der Anglistik, des öffentlichen Rechts und der Pädagogik. Promotion 1993. Seit 1997 Redakteurin der Wochenzeitung „Die Zeit“. Zudem Mitglied des Redaktionsbeirats der Zeitschrift „Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte“. Arbeitsschwerpunkte in der Sozial- und Gesellschaftspolitik, im Bildungswesen, in der Familien- und Frauenpolitik sowie im Bereich von Internet und neuen Medien.

Diese Publikation wird gefördert durch Mittel der DKLB-Stiftung.

August 2010

ISSN 1861-8014

Herausgeber: Friedrich-Ebert-Stiftung
Politische Akademie
Referat Berliner Akademiegespräche/Interkultureller Dialog
Hiroshimastraße 17
10785 Berlin

Telefon: 030 26935-7145

Fax: 030 26935-9245

Text: Björn Hacker

Redaktion: Tobias Mörschel

Fotos: David Ausserhofer

Gestaltung: Pellens Kommunikationsdesign

Druck: Media-Print GmbH, Paderborn

© Friedrich-Ebert-Stiftung



Die Friedrich-Ebert-Stiftung ist im Qualitätsmanagement zertifiziert nach EFQM (European Foundation for Quality Management): Committed to Excellence.



Olaf Scholz

Die Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten sind so etwas wie „pragmatische Weltverbesserer“. Wir sind eine Partei, die entstanden ist aus der Lebenssituation und den Problemen insbesondere von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern im vorletzten Jahrhundert, die deren Interessen an besseren Arbeitsbedingungen, an besserem Leben und demokratischer Teilhabe formuliert hat.

Das bedeutet erstens, dass die Sozialdemokratie von Anfang an auch eine emanzipatorische Partei gewesen ist, also offen für viele weitere Gruppen und Personen, die jenseits der Kernaufgabe und der Kernmilieus der Partei an der Verbesserung unserer Welt ein Interesse hatten. Das eint uns noch heute und führt uns auch heute noch zusammen. So hat sich die Partei seit jeher für die Gleichstellung von Männern und Frauen eingesetzt. Sie hat zudem denjenigen Anknüpfungspunkte geboten, die sich für eine friedliche Welt engagierten, hat aber auch Fragen der modernen Umweltbewegung und später Probleme der digitalen Welt aufgegriffen. Wenn die SPD sich neu aufstellt und wenn sie versucht, ihre Zukunft zu erkennen, darf sie diese ganze Breite des Emanzipatorischen, das sie vertritt und repräsentiert, nicht vergessen.

Grundlegend ist zweitens, dass die SPD als politische Organisation groß geworden ist mit der Arbeit und den Vorstellungen von Gerechtigkeit, die aus der Arbeit erwachsen. In ihrer spezifischen Orientierung auf die Arbeit unterscheidet sich die SPD von anderen politischen Parteien. Und in dieser Hinsicht muss die Sozialdemokratie unmissverständlich sein. Vor diesem Hintergrund ist



auch die Frage zu erörtern, ob manche Teile der Reformen der vergangenen Jahre eben deshalb auf so wenig Akzeptanz gestoßen sind, weil sie mit den Moral- und Gerechtigkeitsvorstellungen unserer Wählerinnen und Wähler nicht übereingestimmt haben. Es geht also nicht einfach darum, Reformen, die wir gemacht haben, zu revidieren, sondern sie im Lichte dieses Gerechtigkeitsdiskurses zu betrachten und wo nötig zu verändern.

In einem Land, in einer Kultur, die in Deutschland noch viel mehr als anderswo gerade von der Arbeit und von ihren Moralvorstellungen geprägt ist, stellt die seit Anfang der 1980er Jahre existierende Massenarbeitslosigkeit auch eine moralische Krise dar, eine Krise nicht nur in wirtschaftlicher Hinsicht, sondern eben auch im Hinblick auf das Selbstverständnis einer Gesellschaft, und eine Krise, die natürlich die Sozialdemokratische Partei noch viel mehr betreffen muss als alle anderen. Dabei ist die Massenarbeitslosigkeit aus meiner Sicht weniger ein Problem der Globalisierung als eine Frage guter und schlechter Politik. Vor diesem Hintergrund lautet meine Kurzbewertung unserer Reformen: Der Ansatz war richtig, dafür sorgen

zu wollen, dass man sich mit diesen Millionen Arbeitslosen nicht abfindet, sondern versucht, sie in das Arbeitsleben zu integrieren. Das ist ein Ansatz, den wir mit keiner anderen Partei teilen. Übrigens glaube ich nicht, dass wir dabei alles richtig gemacht haben. Mir fallen Dinge ein, die man anders hätte machen können. Jetzt dürfen wir nicht übersehen, dass wir vor einer Zeitenwende stehen: Innerhalb der nächsten zwanzig Jahre verlassen fünf Millionen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer den Arbeitsmarkt aufgrund der Alterung der Gesellschaft und des Fehlens jüngeren Nachwuchses; das ist eine Chance, durch die richtige Nutzung von Instrumenten und Handlungsmöglichkeiten Vollbeschäftigung nicht nur zu versprechen, sondern auch zu erreichen.

Sozialdemokratische Gerechtigkeit ist mehr, als pauschal höhere Sozialleistungen zu fordern, wie es etwa die Partei Die Linke macht. Unsere Politik zielt darauf ab, dass dem Individuum keine unüberwindbaren Hürden aufgebaut werden dürfen und dass man, auch wenn man nicht aus privilegierten Verhältnissen kommt, gute Möglichkeiten hat, in seinem Leben zum Beispiel durch Qualifizierung etwas aus sich zu machen. Deshalb sage ich ausdrücklich: Wir werden jenseits aller anderen Fragestellungen ohne die Lösung des Problems, wie man Millionen Arbeitssuchende in den Arbeitsmarkt integriert, nicht klarkommen, auch

nicht mit dem politischen Projekt SPD. Deshalb gehört das nach wie vor zu unseren herausragendsten Anforderungen.

Drittens ist heute ein neuer Diskurs über Aufstiegsmöglichkeiten in unserer Gesellschaft vonnöten. Ich beobachte, dass die meisten Politiker die diesbezüglichen Veränderungen der letzten Jahrzehnte nicht zur Kenntnis nehmen und deshalb an den Köpfen vieler Bürgerinnen und Bürger vorbeireden. Das wird noch dadurch verstärkt, dass diejenigen, die politischen Einfluss haben, eine sehr homogene Gruppe sind. Deutschland wird regiert von einem völlig homogenen Milieu: akademisch qualifizierten Mittelschichtsangehörigen, von links bis rechts, von der Gewerkschaft bis zum Arbeitgeberverband. Diese politische Klasse übersieht, dass es ein paar Fragestellungen gibt, mit denen man sich, gerade in Bezug auf Arbeit und gesellschaftliche Beteiligung, neu auseinandersetzen muss. Wir brauchen einen Diskurs, in dem die soziale Durchlässigkeit und die Aufstiegsmöglichkeiten dieser Gesellschaft neu übersetzt werden. Warum sollte man beispielsweise nicht auch mit einer Lehre studieren können? Und es geht darum, sich auch um jene zu kümmern, die sich gegen einen akademischen Weg entschieden haben und die trotzdem erfolgreiche Beteiligte unseres politischen Prozesses sein müssen. Wir müssen eine Diskussion akzeptieren, die lautet: Die prinzipiell offenen Bildungseinrichtungen führen keineswegs alle zum Erfolg. Wir haben zu lange nicht hingeschaut, wer alles nicht durchkommt im Bildungssystem, wie viele ohne Schulabschluss die Schulen verlassen, wie viele zwar mit Schulabschluss, aber mit so geringem Wissen die Schulen verlassen, dass sie niemand als Lehrling einstellen möchte. Es reicht nicht, etwas anzubieten. Wir werden sicherstellen müssen, dass auch diejenigen gut durch die Bildungseinrichtungen kommen, die keine Anregung von zu Hause haben. Sozialdemokra-





tische Bildungspolitik muss dafür sorgen, dass die Schulen gerade in jenen Stadtteilen, in denen es besonders schwierig zugeht, die schönsten Einrichtungen sind – Paläste, die als Orte der Anregung und der Verbesserung des eigenen Lebens begriffen werden, damit nicht alles so bleibt, wie es ist, und damit Bildungsarmut nicht vererbt wird, die ja immer stärker auch eine echte Armut ist, weil die Beschäftigungsmöglichkeiten für gering Qualifizierte viel geringer sind als vor einigen Jahren.

Wir müssen eine Partei sein, die in allen diesen Themen auf der Höhe der Zeit ist. Man sollte sich

also immer überlegen: Was ist das Eigene? Was ist das, was einen von anderen unterscheidet? Meine Meinung habe ich gesagt: Das ist die Gerechtigkeitsvorstellung, die aus der Arbeit erwächst. Die Krise der SPD kommt nicht aus den Problemen ihrer Organisation, jedenfalls nicht vorwiegend, sondern primär daraus, dass das, was wir politisch gemacht haben, das Vertrauen eines Teils unserer Wählerschaft aufs Spiel gesetzt hat. Die Leute müssen uns wieder verstehen, weil sie wissen: Wir teilen die gleichen Gerechtigkeitsvorstellungen mit ihnen. Und dann finden sie es auch interessant, was wir vorzuschlagen haben. Und auch uns.

Susanne Gaschke



Die Regeneration der SPD kann nur über Themen und Inhalte erfolgen. Eine zentrale Vorstellung von Sozialdemokratie war einmal, dass man im Ortsverein ein wichtiges politisches Thema diskutieren kann, von der Atomkraft bis zur Gentechnik, und dass jeder Ortsverein das Recht und die Möglichkeit hat, dieses Thema in Form eines Antrags bis auf den Bundesparteitag zu bringen. Das ist natürlich eine sehr schöne Vorstellung von Demokratie. Aber man muss sich selber so ernst nehmen, diese Themen auf einem gewissen Niveau zu diskutieren, das heißt, sich quälen, wirklich arbeiten. Man muss Bücher lesen, Referenten einladen. Man muss sich anstrengen, überlegen, was man fordern könnte. Es ist sehr schwierig, auf Ortsvereinebene komplexe politische Themen in dieser Welt mit so vielen politischen Akteuren zu diskutieren. Aber der Anspruch müsste eigentlich da sein. Ich weiß nicht, wie lebendig diese Kultur im Moment in der SPD noch ist und was man tun könnte, um sie wieder etwas lebendiger zu machen.

Erstens: Arbeits- und Familienpolitik. Wie können wir in der modernen Erwerbsgesellschaft, in der Arbeit für beide Partner weitgehend die Regel ist, es hinbekommen, dass es trotzdem auch noch Familien gibt, die sich um ihre alten Eltern kümmern, die mit ihren Kindern Zeit verbringen, die

diese erziehen? Die Vereinbarkeit von Leben, Familie und Beruf ist ein wichtiges Thema. Die SPD hat dieses Thema besetzt, hat es sich mühsam und sorgfältig erarbeitet. Aber dann hat sie es aus der Hand gegeben, als sei es gar nichts wert. Frau von der Leyen ist mit diesem Thema als Ministerin so erfolgreich gewesen, weil es die Menschen wirklich beschäftigt. Natürlich hat das Erziehungsgeld nicht alle Familienprobleme gelöst. Es gibt darüber hinaus unendlich viel in diesem gesellschaftlichen Bereich, was zu diskutieren wäre.

Zweitens: Netzpolitik. In der Frage der „Netzzukunft“ geht es nicht um die ganz kurz greifende Diskussion über Netzsperrern, sondern es geht um die Verfolgung großer gesellschaftlicher Diskurse auch über die Rolle von Kapital und Staat in der Welt des Internets. Was ist davon zu halten, wenn auf YouTube jeder umsonst arbeitet, Filmchen einstellt, sich Mühe gibt und die Besitzer das Ganze verkaufen? Da findet doch eine Umverteilung von Werten statt, die viele Menschen geschaffen haben und Einzelne dann mitnehmen. Ungeklärt bislang ist auch die Frage, wem das Netz eigentlich gehört. Steht der Staat als eine Art Ausfallbürge da, wenn Google plötzlich beschließt, zum Beispiel lieber Traktoren zu bauen, und die E-Mail-Accounts nicht mehr zugänglich sind? Gibt es Netzneutralität? Werden bestimmte Daten bevorzugt befördert oder ihre Beförderung behindert? Wer regelt das? Hat der Staat dazu eine Meinung? Hat die Politik dazu eine Meinung? Auch im Bereich der Datensicherheit ist die Debatte in Deutschland insgesamt sehr rückwärtig. Netzpolitik wäre ein Bereich, den die SPD von oben bis unten diskutieren könnte – ähnlich, wie sie es in den 1980er Jahren mit der Gentechnik gemacht hat. Die Partei sollte eine Debatte über die Zukunft einer Gesellschaft führen, die ein radikal verändertes Kommunikations- und Informationsverhalten an den Tag legt.

Drittens: Bildungspolitik. Die Aufstiegsfrage muss wieder zu einem zentralen Thema in der SPD werden. Jahrzehntlang hat sich die SPD an der Schulsystemfrage verkämpft. Inzwischen stehen wir an einem Punkt, an dem es eine Art von Zweigliedrigkeit gibt und geben wird. Um Sympathien in eine solidarische Mitte hinein zu erwerben, wäre es wichtig zu fragen: Was passiert denn tatsächlich in den Bildungseinrichtungen? Das gilt auch und gerade für die Menschen, die ihren Aufstieg gerne noch organisieren würden, weil sie regelmäßig und systematisch bildungsbeteiligt sind, wie zum Beispiel Jugendliche mit Migrationshintergrund. Die CDU hat offensichtlich großen Ärger, weil viele Eltern nicht glücklich sind mit der Überforderung ihrer Kinder im achtjährigen Gymnasium. Wie steht eigentlich die SPD heute dazu? Hält sie das inzwischen auch für Fortschritt? Auch eine Evaluierung des Bologna-Prozesses an den Hochschulen ist dringend geboten.

Neben einer soliden Themenarbeit sind aber auch die Kommunikation und Sprache von Politik weiterzuentwickeln. Ich habe den Eindruck, dass die SPD in den vergangenen Jahren – vielleicht im Zuge der Professionalisierung von Parteitag – etwas Sprechfähigkeit in bestimmten Bereichen verloren hat. Es hat sich eine Art Funktionärssprache bei der SPD entwickelt, die hermetisch ist und wenig bunt aus dem Leben erzählt und die fern ist von den wirklichen Lebensverhältnissen und den Dingen, die Menschen erleben. Ich frage mich, ob dies möglicherweise bei einer bestimmten Sorte von Funktionären einhergeht mit dem Gefühl: „Wir setzen uns für kleine Leute ein und finden das toll von uns; aber wir halten deren geistige Aufnahmekapazität doch für begrenzt. Wir wollen die nicht überfordern. Deshalb spitzen wir immer zu, wenn es um den politischen Gegner geht.“ Ich habe große Zweifel, ob die eigene Basis beziehungsweise das öffentliche Publikum das noch für adäquat hält oder diese Art von Pseudopolarisierung sofort erkennt.

Neuerdings ist das Wort „Kümmerer-Partei“ im Umlauf. Das halte ich für ein ganz schlimmes Wort, von dem ich dringend abraten würde. „Kümmerer“ beinhaltet einen Aspekt, den man vielleicht lieber der Partei Die Linke zuschreiben sollte: Man traut den Leuten gar nicht mehr so viel Initiative, gar nicht mehr so viel Aufstiegswillen und Kraft zu, sich für ihre Belange einzusetzen. Das hat etwas von einem betreuenden Sozialstaat – eine Sache, von der ich den Eindruck hatte, dass die SPD sie hinter sich gelassen hat.

Hat sich möglicherweise ein antiintellektueller Impuls in der SPD breitgemacht? Vielleicht musste man in den 1970er Jahren zu viele marxistische Texte lesen, die irgendwann auch langweilig wurden und in ihrer Weise hermetisch waren und mit der Wirklichkeit nichts zu tun hatten. Doch heute stellt sich heraus, dass man den Kontakt zu Wissenschaftlern, Künstlern oder Literaten sucht, ihn aber nur schwer findet. Ein Beispiel dafür war der Heidelberger Appell gegen die Urheberrechtsverletzung durch Google. Man hatte auf einmal im Internet eine Liste mit 1.500 Leuten (Verlegern, Wissenschaftlern, Schriftstellern). Fast alle hätten auf einer Unterstützerliste der SPD stehen können. Man fragt sich: Warum tun sie das heute nicht mehr? Im Gegenzug: Warum hat die SPD an einem so symbolischen Punkt nicht erkannt, was das Anliegen diesen Menschen bedeutet, die alle Multiplikatoren sind und für die Partei sprechen könnten? Man hat hier wieder in einem etwas falsch verstandenen Anbiederungsreflex auf die junge Netzwelt gesetzt, die das alles ablehnt. Man hat nicht abgewogen, ob auch das Anliegen der Intellektuellen etwas wert sein könnte.

Vielleicht wäre es hilfreich für die SPD, wenn sie es schaffen könnte, ihr eigenes Bewusstsein als Partei so zu überarbeiten, dass sie sich selber auch als Bildungseinrichtung sieht, also als ein Instrument der Selbstverbesserung auch für ihre Mitglieder.

Bisher erschienen:

- Nr. 1 Globale Demokratisierung und die Rolle Europas
- Nr. 2 Religion und Politik
- Nr. 3 Die Zukunft des Sozialstaats
- Nr. 4 Ländervergleich von Modellen Sozialer Demokratie
- Nr. 5 Gerechtigkeit in der kulturell pluralistischen Gesellschaft
- Nr. 6 Weltethos und Weltfriede
- Nr. 7 Lokaljournalismus und Kommunalpolitik
- Nr. 8 Braucht Deutschland Religion?
- Nr. 9 Das neue Grundsatzprogramm
- Nr. 10 Fundamentalismus
- Nr. 11 Vollbeschäftigung und Gloablisierung – ein Widerspruch?
- Nr. 12 Werte und Verantwortung von Eliten in Wirtschaft, Wissenschaft und Politik
- Nr. 13 Vorsorgender Sozialstaat
- Nr. 14 Öffentliche Güter – was ist des Staates?
- Nr. 15 Parteiprogramm und politisches Handeln
- Nr. 16 Klimapolitik: Die Sicherheitspolitik des 21. Jahrhunderts?
- Nr. 17 Gerechtigkeit – Gesellschaftliche Ausgrenzung – Armutspolitik?
- Nr. 18 Die Zukunft der Mitgliederpartei in Europa
- Nr. 19 Islamismus in Deutschland
- Nr. 20 Religion und säkularer Staat
- Nr. 21 Antisemitismus – Forschung und aktuelle Entwicklungen
- Nr. 22 Bildung und Gerechtigkeit
- Nr. 23 Jung, politisch, sucht – Das Hamburger Programm der SPD?
- Nr. 24 Die Würde des Menschen ist unantastbar – Religiöse und demokratische Werte im Spannungsfeld internationaler Politik
- Nr. 25 „Im Schatten des Minarets“ – Moscheebaukonflikte in Deutschland
- Nr. 26 Die neue Klassengesellschaft?
- Nr. 27 „Islamischer Antisemitismus“ und „Islamophobie“
- Nr. 28 Bildungspolitischer Handlungsbedarf durch die Europäisierung der Berufsbildung
- Nr. 29 Gute Arbeit – Perspektiven für das 21. Jahrhundert
- Nr. 30 Migration – Religion – Integration
- Nr. 31 Kapitalismus 2.0: Irgendwie anders – irgendwie besser
- Nr. 32 Was ist gerechte Politik?
- Nr. 33 Populismus. Eine Herausforderung für die Demokratie
- Nr. 34 Determinanten von Radikalisierung in muslimischen Milieus aus deutsch-britischer Perspektive
- Nr. 35 Respekt und Zumutung Religion, Homosexualität und das Zusammenleben in der pluralen Gesellschaft
- Nr. 36 Demokratie (be)leben! Mehr junges, gesellschaftspolitisches Engagement ist möglich

